



Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender der IG Metall

TAG DER ARBEIT – KUNDGEBUNG IN AACHEN 2022

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
besonders auch liebe Kolleginnen und Kollegen aus Kolumbien, schön, dass Ihr hier seid,
queridos colegas de colombia, que bueno tenerlos aquí,
sehr geehrte Damen und Herren,
es ist schön, heute am 1. Mai hier bei Euch in Aachen zu sein.

Der 1. Mai, der internationale Tag der Arbeit, war und ist für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter etwas ganz Besonderes.

Schon immer war vor allem auch ein europäischer und internationaler Feiertag gegen Ausbeutung und gute Arbeit und gutes Leben: Das war schon immer die Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung – über alle Grenzen hinweg.

Dafür stehen Aachen und die Region, dafür stehen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Auch und gerade in Zeiten wie diesen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen laut und deutlich:

Wir wollen eine gerechte Zukunft!

Vor allem wollen wir eine friedliche Zukunft!

Waffenstillstand sofort! Schluss mit dem Krieg!

Vor drei Monaten war das für uns alle noch unvorstellbar:

Krieg mitten in Europa.

In der Ukraine erleben wir derzeit einen brutalen, imperialen Angriffskrieg auf einen europäischen Nachbarstaat.

Der Zerstörungswille und die Unmenschlichkeit der Kriegsführung nehmen täglich zu.

Die grauenhaften Bilder ermordeter Zivilisten sind um die Welt gegangen. Und sie erschüttern uns.

Diese Berichte, diese Bilder – mitten aus Europa – sie lassen uns nicht mehr los, stellen vermeintliche Gewissheiten infrage und lösen leidenschaftliche Debatten aus.

Nun streiten wir über den Sinn von Waffenlieferungen, über unsere Haltung zu militärischer Verteidigungsfähigkeit, über den besten Weg zur Beendigung des Krieges.

Der Krieg in der Ukraine fordert uns heraus, in ungewissen Zeiten Position zu beziehen, eine klare Haltung zu zeigen – aber auch inne zu halten, abzuwägen und die Konsequenzen unseres Handelns zu durchdenken.

Klar ist: Mit dem Krieg gegen die Ukraine bricht die russische Regierung das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung.

Begangene Kriegsverbrechen müssen untersucht und aufgeklärt werden.

Die Schuldigen müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Verantwortung gezogen werden.

Was Wladimir Putin zu verantworten hat, ist nicht nur ein Angriff auf die Souveränität des ukrainischen Staates, ein Angriff auf das Recht auf das Leben und die Unversehrtheit der ukrainischen Bevölkerung! Er ist auch ein Angriff auf das Wertegerüst von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit in Europa – ein Angriff gegen uns alle! Und das sind wir nicht bereit zu akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Solidarität gehört den Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen, die unermessliches Leid erdulden, die zu Millionen aus ihrer Heimat flüchten mussten. Und unser Respekt gehört den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig gegen diesen Krieg stellen und damit Verfolgung und Repression in Kauf nehmen.

Erst vor wenigen Tagen wurden in Belarus führende Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften festgenommen. Sie hatten öffentlich das Ende des Krieges gefordert und stellten sich gegen einen möglichen Eintritt in den Krieg. Ihnen drohen nun langjährige Gefängnisstrafen, den unabhängigen Gewerkschaften in Belarus die Zerschlagung. Ebenso wie für alle anderen unrechtmäßig eingesperrten Aktivistinnen und Aktivisten fordern wir ihre sofortige Freilassung!

Ihnen allen versichern wir:

Wir sind an Eurer Seite!

Wir sind an der Seite all derer, die in Frieden und Freiheit leben wollen!

Und wir sind an der Seite all derer, die ihre Freiheit und ihr Leben riskieren, um die Freiheit anderer zu verteidigen!

Was mich dieser Tage stolz macht: Menschen im ganzen Land, darunter viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, packen an und sind aktiv, organisieren Hilfsgüter, spenden oder nehmen Geflüchtete auf.

Einige aus NRW haben nicht lange gefackelt, sind bereits wenige Tage nach Ausbruch des Kriegs an die Grenze gefahren, haben Hilfsgüter eingesammelt und transportiert.

Diese Hilfsbereitschaft ist beeindruckend!

Das ist gelebte Solidarität!

Dafür möchte ich ausdrücklich Danke sagen!

Danke an alle, die anpacken, die Türen und Arme öffnen und den Menschen Hilfe leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In Deutschland hat der Ukraine-Krieg alte Debatten hochkochen lassen und neue ausgelöst. Nun streiten wir über den Sinn von Waffenlieferungen, über unsere Haltung zu militärischer Verteidigungsfähigkeit, Sondervermögen, Zwei-Prozent-Ziele und über den besten Weg zur Beendigung des Krieges.

Klar ist: Wir wollen und müssen zugleich alles tun, damit der Krieg schnellstmöglich beendet wird und sich nicht auch noch ausweitet.

Klar ist aber auch: Es ist ein schmaler Grat zwischen Unterstützung der Ukraine und der Gefahr, selbst aktive Kriegspartei zu werden.

Gerade Deutschland sollte sich hier seiner historischen Verantwortung bewusst sein.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns für eine europäische Struktur für Frieden und Sicherheit ein.

Ein abgestimmtes Vorgehen innerhalb der EU und mit unseren Partnern in der transatlantischen Allianz ist deshalb notwendig und sinnvoll.

Anstrengungen für Friedensförderung und Konfliktprävention müssen im Zentrum europäischer Politik stehen.

Das Ziel einer gerechten und gewaltfreien Gesellschaft wird man nicht mit militärischen Mitteln erreichen können.

Die EU muss zum Motor von Abrüstungsinitiativen werden.

Wer Frieden will, muss Diplomatie betreiben!

Wer Frieden will, muss die internationale Zusammenarbeit und das Völkerrecht stärken!

Wer Frieden will, muss für soziale Sicherheit und Bildungschancen aller Menschen eintreten!

Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Ukraine-Krieg darf aber nicht als Anlass für eine neue Aufrüstungsspirale missbraucht werden!

Fakt ist: Die Bundeswehr wurde in den vergangenen Jahren kaputtgespart, das Material ist verschlissen.

Nun will der Bund zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit ein kreditfinanziertes Sondervermögen von bis zu 100 Milliarden Euro errichten.

Warum genau diese Summe benötigt wird und wofür das Geld ausgegeben werden soll, ist bislang unklar.

Es ist schon kurios und ein Problem, wenn man erst die Zahl 100 Milliarden festlegt und erst danach die Ziele und Bedarfe klärt.

Es muss doch genau andersherum sein:

Was soll mit den 100 Milliarden finanziert werden?

Wir sagen: Ausrüstung ja – Aufrüstung nein!

Und daher lehnen wir es entschieden ab, dauerhaft die Verteidigungsausgaben auf über 2 Prozent zu erhöhen oder dies gar im Grundgesetz zu verankern.

Die Umsetzung würde bedeuten, dass die Ausgaben für Verteidigung von derzeit rund 50 Milliarden Euro jährlich auf circa 80 Milliarden Euro ansteigen.

Es würde bedeuten, dass deutlich höhere Ausgaben dauerhaft festgelegt werden.

Und damit nicht genug: Es würde bedeuten, dass mehr Wachstum automatisch zu mehr Militärausgaben führt.

Wir brauchen kein starres 2 Prozent-Ziel und den nächsten weltweiten Rüstungswettlauf!
Die Geschichte lehrt uns: Das ist immer schiefgegangen und hat die Welt nicht sicherer gemacht!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen – das wird uns noch lange beschäftigen.
Aber wir dürfen nicht vergessen: Die anderen großen Themen dieser Welt sind deshalb ja nicht weg:
Krieg. Hunger. Armut. Ungleichheit.
Auch Corona begleitet uns weiter.

Und das alles inmitten eines gewaltigen Umbruchs unserer Industrien, inmitten einer tiefgreifenden Transformation unserer Arbeitswelt.

Wenn man sich diesen Berg an Herausforderungen vergegenwärtigt, ist klar, dass unsere Antwort darauf nur eine geMAInsame sein kann!
Solidarität ist und bleibt deshalb das Gebot der Stunde!
Auf der Straße, im gesellschaftlichen Miteinander!
Wir wollen, dass sich dieser Wandel sozial, ökologisch und demokratisch vollzieht!
Wir wollen den Fairwandel, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und dabei ist es vollkommen egal, ob im Großkonzern mit ein paar tausend Beschäftigten oder im Handwerksbetrieb, im Pflegeheim oder im Lokal um die Ecke:
Wenn es um ihre Zukunft, wenn es um die Gestaltung der zukünftigen Arbeitsbeziehungen geht, müssen die Beschäftigten mit an den Tisch.
Sie wollen teilhaben, selbst mitgestalten.

Und da sind selbstbewusste Betriebsrätinnen und Betriebsräte gefragt, um die Arbeitswelt von morgen zu gestalten.
Noch laufen die Betriebsratswahlen.
Wenn ihr die Wahl noch vor Euch habt: Viel Erfolg!
Wenn ihr bereits neu ins Amt oder wiedergewählt wurdet:
Herzlichen Glückwunsch zur Wahl und eine gute Hand für die nächsten vier Jahre!

Ihr setzt Euch für die Interessen Eurer Kolleginnen und Kollegen ein.

Ihr stärkt nicht nur die Demokratie in den Betrieben.

Ihr stärkt die Demokratie im ganzen Land.

Vielen Dank für Euer Engagement, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Transformation, in der wir uns befinden, gerecht zu gestalten, das ist die große Aufgabe, vor der wir gemeinsam stehen.

Euch hier in Aachen muss man nicht erzählen, was Strukturwandel, was Transformation, was dieser für viele abstrakt anmutende Begriff in der alltäglichen betrieblichen Realität bedeutet. Hier sieht die Industrielandschaft ganz anders aus als noch vor 20, 50 oder 100 Jahren.

Textilindustrie. Nadelindustrie. Das war einmal.

Und im nächsten Wandel sind wir schon mitten drin.

Ihr wisst genauso gut wie ich, welche große Rolle der ökologische Umbau, die Dekarbonisierung von Produkten und Produktionsprozessen und die sich beschleunigende Digitalisierung bei Euch in der Region haben werden oder bereits haben.

Sehr viele Beschäftigte werden davon direkt oder mittelbar betroffen sein. Es geht darum, neue Zukunftsperspektiven zu schaffen, einen attraktiven Standort für die Ansiedlung neuer Unternehmen und Geschäftsmodelle.

Was man dabei bedenken muss: Besonders die industriellen Kernbranchen stehen durch die Energie- und Mobilitätswende unter gewaltigem Veränderungsdruck.

Diese Branchen sind das Fundament unserer Volkswirtschaft.

Sie sichern unseren Wohlstand, schöpfen Werte, die in der ganzen Welt gefragt sind.

Es ist gut, dass die Politik reagiert.

Viele Fördermittel sind bereits da oder auf dem Weg.

Aber es ist wichtig, dass sie auch zielgerichtet ankommen.

Investitionen in Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Gewerbeparks und Forschung sind wichtig.

Aber sie helfen nichts, wenn die versprochenen Industriearbeitsplätze am Ende nicht mehr da sind.

Wenn aus den vielen guten, mitbestimmten und tariflich entlohten Industriearbeitsplätzen am Ende prekäre Niedriglohnjobs auf Minijobbasis werden, dann ist der Strukturwandel gescheitert.

Deshalb brauchen die Beschäftigten Klarheit darüber, wie es weitergeht.

Zur Wahrheit gehört aber leider:

Zu viele Unternehmen haben bis heute nicht erkannt, was auf sie zukommt.

Sie haben nicht erkannt, dass und wie sie ihre Geschäftsmodelle, ihre Produkte, ihre Prozess umstellen müssen, dass sie investieren müssen in die Zukunft.

Und sie haben nicht erkannt, dass sie fahrlässig mit dem Schicksal der Beschäftigten umgehen.

Das merken auch aktuell die Beschäftigten bei Conti.

Für die 2.000 Beschäftigten gehen spätestens Ende des Jahres die Lichter aus. Das hat übrigens nichts mit Pandemie oder Hochwasser zu tun, nicht mal richtig mit Transformation, denn hier wurden bis zum Schluss schwarze Zahlen geschrieben.

Conti, aber auch die Stadt, sind jetzt in der Mitverantwortung, dass der Industriestandort auf dem Conti-Gelände erhalten bleibt und dort zeitnah neue Industriearbeitsplätze entstehen können.

Die Immobilie darf nicht an einen Investor verkauft werden, der hier nur ein Spekulationsobjekt sieht und die Stadt bei der Entwicklung des Geländes ausbremst.

Beispiele wie das bei Conti zeigen:

Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten ausbaden, weil es den Unternehmen nur um Profit geht!

Es kann nicht sein, dass Unternehmen die Transformation – oft auch nur als Vorwand – nutzen, um massiv Produktion zu verlagern!

Es kann nicht sein, dass statt guter und tariflich abgesicherter Industriearbeit vor allem prekäre Jobs entstehen!

Es kann nicht sein, dass Unternehmen staatliche Förderungen in Anspruch nehmen, von der Brücke Kurzarbeit profitieren und Milliardenprofite ausweisen,

zugleich aber Ausbildungsplätze streichen, Leiharbeit abmelden und Standorte infrage stellen.

Wir sagen Nein zu Entlassungen in der Transformation!

Aber wir sagen Ja zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen an unseren Standorten in unseren Regionen!

Die Beschäftigten haben – in diesen Zeiten noch mehr als sonst – einen klar artikulierten Anspruch an die Politik.

Und die Beschäftigten haben klare Vorstellungen von einer gerechten, von einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Sie wollen eine Politik, die die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation schafft:

Denn was wir für eine erfolgreiche Transformation brauchen, sind sichere Brücken in die Arbeitswelt von morgen.

Weiterbildung, Transformationskurzarbeitergeld, Recht auf Ausbildung, Recht auf zweite Ausbildung, Förderung der 4-Tage-Woche, Verlängerung Kurzarbeitergeld – darauf kommt es an.

Was wir für eine erfolgreiche Transformation brauchen, sind Zukunftsinvestitionen.

Wir brauchen 500 Milliarden Euro öffentliche Zukunftsinvestitionen bis 2030: in die Energieversorgung, in schnelles Internet, in Batteriezellen und Halbleiter, in den Ladesäulenausbau, in die Schiene und in den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur.

Angesichts dieser Herausforderungen müssen ideologische Projekte wie die Schuldenbremse hinten anstehen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig es ist, wenn die öffentliche Hand investiert, wenn sie unterstützt und nicht dogmatisch irgendwelche Sparziele erzwingt.

Schuldenbremsen sind in Wahrheit Zukunftsbremsen.

Und ganz aktuell haben die Beschäftigten noch eine ganz andere, sehr konkrete Erwartungshaltung an Politik:

Sie wollen, nein, sie brauchen ein Schutzschild vor den immer weiter steigenden Energiekosten.

Privathaushalte müssen schon jetzt gegenüber dem Vorjahr ein Fünftel mehr für Haushaltsenergie und Kraftstoffe zahlen. Vor allem die Haushalte mit mittlerem oder nur geringem Einkommen spüren das.

Innerhalb einer Woche haben deshalb fast 10.000 Betriebsräte und betriebliche Interessenvertreter eine Unterschriften-Aktion der IG Metall unterstützt. Sie vertreten 2,4 Millionen Beschäftigte in über 3.800 Betrieben.

Das ist ein starkes Zeichen.

Und was sie fordern, ist deutlich: Die Bundesregierung muss alles dafür tun, um die Entwicklung der Verbraucherpreise einzudämmen.

Und die Beschäftigten brauchen schnell weitere spürbare Hilfen bei den Energiekosten – die bisherigen Maßnahmen gleichen die aktuellen Belastungen nicht aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Kontext Energiepolitik – auch als Konsequenz des Ukraine-Kriegs – wird im Moment sehr emotional über ein Gas-Embargo Russlands diskutiert.

Bei aller Emotionalität und nachvollziehbarer Empörung sollte klar sein: Ein Embargo oder Lieferstopp für russische Gasimporte würde die Lage für alle dramatisch verschärfen. Sowohl für Privathaushalte, aber auch für Unternehmen – insbesondere die energieintensiven Branchen, aber auch für allen anderen, die mit ihren verzweigten Wertschöpfungs- und Lieferketten aneinanderhängen – müssen die Energiekosten bewältigbar bleiben.

Da geht es leider nicht nur darum, den Thermostat ein wenig runter zu drehen.

Bei einem Stopp der Gasimporte sehen wir in kürzester Zeit Produktionsausfälle, geschlossene Fabriken in fast allen Branchen, ausbleibende Warenlieferungen – in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vom fehlenden Bauteil für den Maschinenbauer bis zur fehlenden Glasflasche für die Getränkeabfüllung.

Klar ist: Wir müssen unsere Energieeinfuhren stärker diversifizieren. Aber das geht nicht von heute auf morgen.

Deshalb brauchen wir eine zukunftsweisende Industrie- und Energiepolitik!

Ein Gasembargo wird von uns abgelehnt!

In diesem Jahr haben auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bankensektor und von der IG BCE Tarifbewegungen gehabt.

Vor dem Hintergrund von Corona, Ukraine-Krieg und hoher Inflation unter erschwerten Bedingungen.

Klar ist: Diese Abschlüsse sind Brückenlösungen.

Sie helfen jetzt den Beschäftigten.

Sie tragen nicht dazu bei, eine vermeintliche Lohn-Preis-Spirale anzuheizen.

Dieses Schreckgespenst wird ja dieser Tage von interessierter Seite gerne bemüht. Aber das ist Quatsch.

Was wir erleben, ist eine Profit-Preis-Spirale!

Es gibt auch kein Grundrecht auf eine bestimmte Gewinnmarge.

Aktuell veröffentlichen die großen Unternehmen peu à peu ihre Bilanzen.

Und da muss ich schon sagen:

Da ist so mancher Krisengewinnler dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

veräppeln lassen wir uns nicht!

Wir wissen, dass die Lage gerade nicht einfach ist.

Aber Rekorddividenden an die Aktionäre raushauen und dann bei den Beschäftigten sparen wollen – das lassen wir mit uns nicht machen!

2022 streben die DGB-Gewerkschaften für insgesamt 10 Millionen Beschäftigte neue Tarifabschlüsse an.

Das ist eine große gesellschaftspolitische Verantwortung für die Tarifvertragsparteien.

Das muss gerade uns niemand erklären.

Mittendrin in der Auseinandersetzung sind die Kolleginnen und Kollegen von ver.di im Sozial- und Erziehungsdienst und an den Uni-Kliniken.

Gerade diese Kolleginnen und Kollegen haben einen ordentlichen Abschluss verdient.

Applaus von den Balkonen klingt zwar toll, reicht aber nicht.

Jetzt geht's um faire Löhne für gute Arbeit und Entlastung bei der Arbeit.

Dass die Arbeitgeberseite bisher keine konkreten Angebote vorlegt oder sich auf Verhandlungen nicht mal einlässt, ist eine pure Frechheit!

Bleibt weiter hartnäckig, kämpft für Eure Rechte!

Ich wünsche Euch viel Kraft und Erfolg!

Wir sind an Eurer Seite!

In dieser Woche haben auch die Kolleginnen und Kollegen im Stahl ihre Forderung für die bevorstehende Tarifrunde auf den Tisch gelegt:

Sie wollen 8,2 Prozent mehr.

8,2 Prozent klingt vielleicht erst mal viel angesichts explodierender Kosten für Energie und Rohstoffe.

Was die Arbeitgeber aber verschweigen: Die Geschäftszahlen sind gut. Denn die gesteigerten Kosten können die Unternehmen bisher fast eins zu eins an die Kunden weitergeben.

Unseren Kolleginnen und Kollegen im Stahl, aber auch bei Textil im Osten, in der Metall- und Elektroindustrie, in der Leiharbeit rufe ich zu:

Nach zwei Jahren krisenbedingter Tarifabschlüsse, nach den deutlichen Preissteigerungen der letzten Wochen, wird mit uns zu rechnen sein!

Wir lassen uns nicht mit Placebos abspeisen!

Wir kämpfen für das, was uns zusteht!

Das gilt ganz besonders auch für die Jugend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein Sprichwort sagt: Ein Streichholz bricht, 30 aber nicht.

Wir als Gewerkschaft, wir sind das Band, das die 30 Streichhölzer zusammenhält.

Unsere Arbeitswelt, mithin unsere Gesellschaft als Ganzes stehen vor großen Aufgaben. Doch diese Aufgaben sind gestaltbar, sie können bewältigt werden. Und wir können und wir wollen mitbestimmen, wohin die Reise geht – „geMAInsam“ und solidarisch.

In der Coronazeit war für uns im gewerkschaftlichen handeln nichts einfach. Jetzt können wir aber endlich wieder in größerer Zahl zusammenkommen.

Das ist ein großartiges Gefühl, das ist gelebte Gewerkschaft.

Wir wissen: Solidarität braucht Nähe.

Kein Algorithmus kann persönliche Begegnungen im Betrieb, auf der Straße, im Gewerkschaftshaus ersetzen.

Die Begegnung, der Austausch vor Ort zählen!

So können wir andere begeistern, damit gemeinsam Ideen entwickelt werden.

Und diese Begeisterung müssen wir jetzt leben!

Nur so gewinnen wir gemeinsam an Stärke!

Nur mit einer starken Gewerkschaft im Betrieb haben auch die Beschäftigten im Betrieb eine starke Stimme.

Dafür braucht es uns alle, die wir uns heute auf unzähligen Plätzen in Deutschland zu den Maikundgebungen versammeln.

Und die als Betriebsrätinnen und Betriebsräte tagtäglich für ihre Kolleginnen und Kollegen da sind.

Lasst uns gemeinsam für gute Arbeit sorgen.

Lasst uns gemeinsam für sichere und gute Arbeit streiten, für eine stärkere Tarifbindung, für soziale Gerechtigkeit, für eine offene und tolerante Gesellschaft, eine lebhafte und starke Demokratie.

Kurzum: Lasst uns „GeMAInsam Zukunft gestalten“.

Glückauf!